Bitte beachten Sie, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag in den Vorlagen im Beratungsgang nicht verändert wird. Abweichende Beschlüsse der befassten Gremien können Sie den Anlagen, Niederschriften oder den Beschlussauszügen im Gremienportal entnehmen.

STADT NIDDERAU

Beschlussvorlage	
- öffentlich -	
VL-371/2026	
Fachbereich:	10 FB Zentrale Dienste
Fachdienst:	10.1 FD Personalwesen
Sachbearbeiter/in:	Sören Marx
Datum:	27.10.2026

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	02.11.2026	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	10.11.2026	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	26.11.2026	beschließend

Betreff:

Einführung des Deutschlandticket Job ab 1. Januar 2027 für die Beschäftigten der Stadt Nidderau

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Beschäftigten der Stadt Nidderau ab dem 1. Januar 2027 das Deutschlandticket Job anzubieten. Die Stadt beteiligt sich mit 16,70 Euro (bzw. 25% des Ausgabepreises) je regulärem Ticket und Monat. Der Eigenanteil beträgt damit 46,76 Euro monatlich. Für Auszubildende beträgt der vorgesehene Eigenanteil 30,06 Euro; der daraus folgende städtische Zuschuss beträgt monatlich 33,40 Euro (bzw. 50% des Ausgabepreises).

Finanzielle Auswirkungen:

Die jährlichen Kosten für die Stadt Nidderau belaufen sich auf ca. 7.000,- Euro. Dies ist im Vergleich zur aktuellen Regelung eine Einsparung um ca. 45.000,- Euro.

Sachdarstellung:

1. Ausgangslage
Nach Bekanntgabe der Kündigung des Jobticket-Angebots zum 31.12.2026 haben sich mehrere Beschäftigte, die dieses bislang für ihren Arbeitsweg genutzt haben, an den Personalrat und den Bürgermeister gewandt. Sie baten darum, alternative Angebote zu prüfen, um auch künftig eine vergleichbare Möglichkeit zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für den Arbeitsweg zu erhalten.
Die bisherige Abrechnungspraxis hat die gesamte Anzahl der Beschäftigten der Stadt Nidderau zugrundgelegt und mit dem Ticketpreis multipliziert (Stand 2026: 13,15 Euro). Nach Abzug des Eigenanteils i.H.v. 5,- Euro je Monat und Nutzer, sind der Stadt Nidderau jährliche Kosten i.H.v. von ca. 52.000,- Euro entstanden.

2. Alternatives Angebot des RMV:
Der RMV bietet alternativ zum Jobticket auch das Deutschlandticket Job an. Dieses Modell wird nutzerabhängig abgerechnet. Auf den Ausgabepreis von 66,80 Euro je Monat wird ein Rabatt von 5% gewährt, wonach ein Verkaufspreis 63,46 Euro je Monat und Nutzer anfällt, sofern der Arbeitgeber einen Mindestzuschuss von mindestens 25 % (bzw. 16,70 Euro) auf den Ausgabepreis monatlich leistet.

3. Umfrage unter allen Beschäftigten der Stadt Nidderau im Oktober 2026:

Eine Umfrage unter allen Beschäftigten hat ergeben, dass das Jobticket aktuell hauptsächlich aufgrund der günstigen Zurverfügungstellung (5,- Euro Eigenanteil) in Anspruch genommen wird. Aktuell gibt es 129 Nutzer.

Bei einem veränderten Angebot, mit einer monatlichen Eigenleistung von 46,76 Euro für jeden Nutzer würde sich das Nutzerverhalten stark ändern. Lediglich 31 Nutzer würden das Angebot auf jeden Fall annehmen (20) oder eher annehmen (11) und somit ganzjährig für den tatsächlich Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte verwenden.

4. Begründung für die Einführung des Deutschlandticket Job
Mit der Einführung des Deutschlandticket Job kann die Stadt Nidderau ihre Attraktivität als Arbeitgeber stärken und einen zeitgemäßen Beitrag zur nachhaltigen Personalgewinnung und -bindung leisten. Ein bezuschusstes ÖPNV-Angebot stellt einen zusätzlichen freiwilligen Arbeitgeberbenefit dar, der die Beschäftigten finanziell entlastet und insbesondere angesichts des zunehmenden Wettbewerbs um qualifizierte Fachkräfte ein positives Signal setzt.
Darüber hinaus unterstützt das Angebot die umwelt- und klimapolitischen Ziele der Stadt Nidderau, indem es Anreize schafft, öffentliche Verkehrsmittel sowohl für den Arbeitsweg als auch für private Fahrten zu nutzen. Es fördert damit eine nachhaltigere Mobilität und kann dazu beitragen, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren.
Ein weiterer Vorteil besteht in der breiten Nutzbarkeit des Deutschlandtickets im öffentlichen Nah- und Regionalverkehr. Die Beschäftigten profitieren nicht nur auf dem Weg zur Arbeit, sondern auch in ihrer Freizeit von dem Angebot.
Die Einführung verbindet somit personalpolitische, soziale und ökologische Ziele mit einer bedarfsgerechten Finanzierung: Da die Stadt ausschließlich die tatsächlich bezogenen Tickets bezuschusst, entstehen keine pauschalen Kosten für die gesamte Belegschaft. Die finanziellen Aufwendungen bleiben damit unmittelbar an die tatsächliche Inanspruchnahme des Angebots gekoppelt.

5 Besondere Berücksichtigung der Auszubildenden
Für Auszubildende sind die notwendigen Fahrtkosten für Wege zur Berufsschule ohnehin zu erstatten. Vor diesem Hintergrund soll eine Bezuschussung des Deutschlandticket Job in Höhe von 50 % der entsprechenden Kosten erfolgen. Dadurch können die bestehenden Aufwendungen für die Berufsschulwege bei der Ausgestaltung des Angebots berücksichtigt und zugleich die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs gefördert werden.

Freigabe:

gez. Andreas Bär	gez. i. V. Carolin Stadtmüller	gez. Sören Marx
Dezernatsleiter/in	FB-Leiter/in	FD-Leiter/in / Sachbearbeiter/in